

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXVII
1. Teil: Firmenrecht	1
CHRISTIAN HILTI	
1. Kapitel: Grundlagen	3
I. Firma, Geschäftsbezeichnung und Enseigne	3
II. Die Firma – Persönlichkeitsrecht, Vermögensrecht und/oder Immaterialgüterrecht?	5
III. Inhaber von Firmenrechten	6
IV. Historisch und sachlich bedingte Eigenheiten des Firmenrechts	7
V. Die im Firmenrecht zu berücksichtigenden Interessensphären	10
VI. Entwicklung des Firmenrechts seit 1996	10
2. Kapitel: Bildung, Eintragung und Gebrauch von Firmen, Kurzbezeichnungen und Enseignes	12
I. Grundsätze der Firmenbildung – «Rückbesinnung» auf BGE 101 Ib 363 – Inkasso, und die Zeit davor	13
1. Allgemeine Grundsätze	15
2. Besonderheiten bei einzelnen Rechtsformen und bei Zweigniederlassungen	17
a) Einzelunternehmen	17
b) Personengesellschaften	18
c) Körperschaften und Genossenschaften	18
d) Zweigniederlassungen	19
aa) Zweigniederlassungen schweizerischer Unternehmen	19
bb) Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen	19

e) Kein Firmenschutz aber Namenschutz für einfache Gesellschaften	21
3. Unzulässigkeit von «reinen Sachbezeichnungen» – Konsequenz der Liberalisierung des Firmenrechts	21
a) Grundsatz	21
b) Zur Praxis vor 1975 und zwischen 1975–1998	22
c) Zulässigkeit von Kombinationen reiner Sachbezeichnungen mit geographischen Angaben	23
d) Wortschöpfungen und Phantasiebezeichnungen mit Sachassoziationen	24
e) Warnung: Von der Wahl beschreibender Firmen ist dringend abzuraten	24
4. Verbot unsittlicher, insbesondere täuschender oder wahrheits- widriger Firmen	25
a) Verbot unsittlicher Firmen im engeren Sinn	25
b) Verbot unsittlicher Firmen im weiteren Sinn: täuschende bzw. wahrheitswidrige Firmen	26
aa) Täuschungsverbot und Wahrheitsgebot allgemein	26
bb) Fehlende Übereinstimmung von Firma und Zweck oder Rechtsform	28
c) Verbot reklamehafter Firmen	29
aa) Allgemeines	29
bb) Zulässigkeit von Slogans	30
cc) Kombinationen von reklamehaften Bezeichnungen mit Sachbezeichnungen	30
d) Geographische Angaben	31
aa) Grundsatz	31
bb) Keine Täuschungsgefahr: Grundsätzlich zulässig	31
i) Geografische Fantasiebezeichnungen	31
ii) Veränderte geografische Angaben	32
iii) Individualisierung von Konzerngesellschaften mit geografischen Zusätzen	32
cc) Täuschungsgefahr: Grundsätzlich unzulässig	33
i) Geografische Angaben in Alleinstellung	33
ii) Falscher Anschein einer besonderen Marktposition . .	33
5. Übersetzungen und fremdsprachige Firmen	34
6. Schreibweise und figurative Firmenelemente	35
7. Akronyme als Firmen	36
8. Verbot identischer Firmen	37

Inhaltsverzeichnis

9. Spezialgesetzliche Bestimmungen bezüglich Firmenbildung	38
a) Wappenschutzgesetz	39
b) Namen und Abkürzungen zwischenstaatlicher Organisationen .	40
c) Rot-Kreuz-Gesetz	42
d) Bankengesetz	42
II. Änderung der tatsächlichen Verhältnisse und Firmenanpassung	43
III. Verfahrensrechtliche Aspekte der Firmeneintragung und Firmenanpassung	46
1. Vorprüfungsverfahren und Firmenrecherche	46
2. Eintragungsverfahren und Zuteilung einer Identifikationsnummer .	47
3. Vernehmlassungsverfahren	48
4. Verfahrensrechtliche Aspekte der Firmenanpassung	49
IV. Firmengebrauchsrecht und -pflicht	50
1. Firmengebrauchsrecht und rechtsgeschäftliche Verfügungen betreffend Firmenbezeichnungen	50
2. Firmengebrauchspflicht	51
V. Bildung, Eintragung und Gebrauch von Geschäftsbezeichnungen und Enseignes	54
3. Kapitel: Der Rechtsschutz im Verwaltungsverfahren	56
I. Beschwerde an die kantonale Aufsichtsbehörde	56
II. Beschwerde gegen Verfügungen des EHRA in Firmensachen	56
1. Beschwerde an die Rekurskommission für geistiges Eigentum	56
2. Beschwerde an die Rekurskommission gegen Erklärungen über die Unzulässigkeit beabsichtigter Firmen im Rahmen der Vorprüfung .	58
III. Die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht	59
1. Beschwerdelegitimation	59
2. Kognitionsbefugnis des Bundesgerichts bei Verwaltungsgerichtsbeschwerden in Firmensachen	60

IV. Keine Beschwerdemöglichkeit gegen die durch das EHRA elektronisch erfolgende Beanstandung eines kantonalen Handelsregistereintrags	61
V. Privatrechtlicher Einspruch gegen eine Firmeneintragung oder Firmenanpassung (Art. 32 HRegV)	61
VI. Wiedererwägungsgesuch	63
4. Kapitel: Zivilrechtlicher Firmenschutz	64
I. Die Voraussetzungen für den firmenrechtlichen Schutz	64
1. Firmenrechtlicher Schutz nur von <i>registrierten</i> Firmen und Firmenbestandteilen	64
2. Firmenrechtlicher Schutz nur bei <i>firmenmässigem</i> Gebrauch des verletzenden Kennzeichens?	65
a) Probleme	65
aa) Wann liegt ein firmenmässiger Gebrauch vor?	65
bb) Je nach Anspruchsgrundlage unterschiedliche Zuständigkeit	66
cc) Je nach Anspruchsgrundlage unterschiedlicher Schutzumfang	66
dd) Je nach Anspruchsgrundlage unterschiedliche Priorität	67
ee) Insbesondere: Unsicherheiten der lauterkeitsrechtlichen Anspruchsgrundlage	67
b) Lösungsansatz	68
c) Lösung	69
d) <i>De lege ferenda</i>	69
II. Lauterkeitsrechtliche, namensrechtliche und markenrechtliche Anspruchsgrundlagen	70
III. Beurteilung von Kollisionsfällen	70
1. Hinterlegungs- oder Gebrauchspriorität und Treu und Glauben	70
a) Hinterlegungspriorität bei rein firmen- (und marken-) rechtlichen Kollisionen	71
b) Gebrauchspriorität im übrigen Kennzeichenrecht	71
c) Berührungspunkte zwischen Hinterlegungs- und Gebrauchspriorität	71
d) Ausnahme von der Priorität (Treu und Glauben)	73
e) Gebrauchs- oder Hinterlegungspriorität bei Domainnamen?	73

Inhaltsverzeichnis

2. Geographischer und zeichenmässiger Schutzmfang	74
a) Geographischer Schutzmfang (Art. 946 und 951 OR)	74
aa) Allgemeines	74
bb) Firmenkollisionen zwischen Personengesellschaften und Körperschaften	74
b) Schutzmfang starker und schwacher Firmenbestandteile	76
3. Die Beurteilung der Verwechslungsgefahr (Art. 956 i.V.m. Art. 946 und 951 OR)	77
a) Einzelfirmen, Personengesellschaften sowie Kommanditaktiengesellschaften und GmbH mit Personenfirma (Art. 946 und 951 Abs. 1 OR)	80
b) «Deutliche» Unterscheidbarkeit bei Aktiengesellschaften, Genossenschaften und GmbH ohne Personenfirma (Art. 951 Abs. 2 OR)	81
c) Zweigniederlassungen	81
4. In Zweifelsfällen zusätzlich anwendbare Beurteilungskriterien	82
a) Umfassender Schutz der persönlichen und geschäftlichen Interessen – kein Branchenprinzip im Firmenrecht	82
b) «Gesamteindruck» – Klang, Bild, Sinngehalt	83
aa) Massgeblichkeit des Handelsregistereintrags	83
bb) Wortklang, Wortbild und Sinngehalt	84
c) Besondere Strenge bei geographischer Nähe und/oder bei vorliegendem Wettbewerbsverhältnis	85
d) Abstellen auf das Erinnerungsvermögen	85
e) Unmittelbare oder mittelbare Verwechslungsgefahr und tatsächliche Verwechslungen	86
f) Unterschiedliche Strenge bei Firmen, die aus Phantasie-, Sach- oder Personenbezeichnungen zusammengesetzt sind	86
aa) Phantasiebezeichnungen	87
bb) Sachbezeichnungen	87
cc) Personennamen	87
g) Firmenrechtlicher Schutz von Akronymen und Firmenkurzbezeichnungen?	88
5. Firmenkollisionen mitbeeinflussende Begleitumstände	90
a) «Verkehrsdurchsetzung»: Stärkung des Firmenschutzes	90
b) Verwirkung: Verlust des Firmenschutzes inter partes	91
c) Keine Einrede älterer (und jüngerer) Drittfirmen und keine Akzeptanz der «Abstandstheorie»	93

IV. Internationale Sachverhalte	94
1. Schutz schweizerischer Firmen gegen Verletzungen durch ausländische Firmen	94
2. Schutz von Zweigniederlassungen von Unternehmen mit Sitz im Ausland	94
3. Schutz ausländischer Handelsnamen	95
V. Prozessuale Aspekte des Firmenschutzes	96
1. Firmenrechtliche Ansprüche	96
a) Leistungsklage	96
b) Grundsätzlich keine Feststellung oder Einrede der Firmennichtigkeit	96
c) Ausnahmsweise blosse Feststellung der Verletzung	97
d) Schadenersatz	98
e) Genugtuung	98
f) Urteilspublikation	99
2. Zivilrechtlicher Firmenschutz bei Verletzung von objektiven Vorschriften des Firmenrechts?	99
3. Firmenschutz im summarischen Verfahren	99
a) Vorsorgliche Massnahmen	99
b) Befehlsverfahren	100
4. Ordentliches Verfahren: Kantonale, sachliche Zuständigkeit und bundesgerichtliche Berufung	101
5. Vergleichsweise Firmenabgrenzung und Schiedsverfahren?	103
2. Teil: Der Schutz nicht registrierter Kennzeichen	105
CHRISTIAN HILTI	
1. Kapitel: Begriffliches und Vorbemerkungen	107
I. Marke, Ausstattung und Kennzeichen	108
II. Überblick über die Kennzeichenkategorien	111
III. Gründe für die unterbliebene Registrierung	112

2. Kapitel: Allgemeines zum Rechtsschutz nicht registrierter Kennzeichen	114
I. Generelle Schutzverweigerung nicht registrierter Kennzeichen?	114
II. Vom Firmen- und Markenschutz generell ausgeschlossene Zeichen	115
1. Ausschluss aus tatsächlichen Gründen	115
2. Ausschluss aus rechtlichen Gründen	116
a) Grundsatz	116
b) Relativierung des Grundsatzes	116
3. Zusammenfassung	117
III. Priorität und Schutz nicht registrierter Zeichen allgemein	118
1. Vorbemerkungen	118
2. Marken-, firmen-, namens- und lauterkeitsrechtliche Priorität	119
a) Kollisionen von nicht registrierten Kennzeichen mit Registerrechten	119
b) Prioritätsverlust aufgrund nachträglicher Registrierung als Marke oder Firma?	121
c) Kollisionen von nicht registrierten Kennzeichen unter sich	122
d) Priorität durchgesetzter Kennzeichen	122
3. Schutz nicht registrierter, durchsetzungsfähiger Zeichen	122
4. Zeichen im Entwurfs- und Eintragungsstadium	124
5. Schutzmfang nicht registrierter Kennzeichen	125
6. Exkurs: Der Sonderfall sogenannter «Positionsmarken»	125
IV. Mögliche Anspruchsgrundlagen: Lauterkeits-, Urheberrechts- und/oder Namenschutz	126
1. Allgemeines	126
2. Lauterkeitsrechtlicher Schutz nicht registrierter Kennzeichen	127
a) Verwechslungsgefahr	127
b) Reine Rufausbeutung	127
3. Urheberrechtlicher Schutz nicht registrierter Kennzeichen (Verweis)	129
4. Namensrecht (Verweis)	130

3. Kapitel: Rechtsschutz nicht registrierter Zeichen im einzelnen	131
I. Nicht registrierte Marken und Ausstattungen im einzelnen	131
1. Der Sonderfall der notorisch bekannten Marke	131
2. Nicht registrierte Titel von Zeitschriften, Fernseh-, Radio- sendungen etc.	133
3. Telefonnummern, Frequenzen etc.	134
4. Verpackungs- und Produkteformen	135
a) Lauterkeitsrechtlicher Kennzeichenschutz und sklavische Nachahmung	135
b) Urheberrechtlicher Schutz	137
5. Nicht als Marken, Firmen, Enseignes oder Geschäftsbezeichnungen registrierte Domainnamen	137
a) Rein beschreibende Domainnamen	138
b) Kennzeichnungskräftige – aber nicht registrierte – Domain- namen	139
6. Schriftzüge	140
7. Farben und Farbkombinationen	140
8. Klang- und bewegliche Bildzeichen	142
9. Fiktive Charaktere: Comic- und Romanfiguren etc.	143
10. Tast- und Geruchszeichen und andere Ausstattungen	145
II. Zur Kennzeichnung verwendete Namen	146
1. Namen von lebenden natürlichen und von juristischen Personen . .	146
2. Namen und Abbildungen verstorbener Persönlichkeiten	148
3. Namen und Abbildungen historischer Persönlichkeiten	151
4. Fiktive Namen	151
5. Faktische Firmen und Namen einfacher Gesellschaften etc.	152
6. Schutz nicht registrierter Geschäftsbezeichnungen, Enseignes und ausländischer Handelsnamen (Verweis)	154
III. Herkunftsangaben (Verweis)	154

3. Teil: Herkunftsangaben und andere geographische Bezeichnungen	155
J. DAVID MEISER, DAVID ASCHMANN	
1. Kapitel: Untersuchung der Grundbegriffe	157
I. Überblick	157
1. Arten geographischer Bezeichnungen	157
2. Häufige Begriffe	158
II. Systematik der geographischen Bezeichnungen	159
1. Uneinheitliche Terminologie	159
2. «Geographische Bezeichnungen» als Oberbegriff	160
3. Abgrenzungskriterien	162
4. Herkunftsangaben und andere geographische Bezeichnungen	163
5. Ursprungsbezeichnungen	163
a) Allgemeines	163
b) Abgrenzung zu den einfachen Herkunftsangaben	165
c) Geschützte Ursprungsbezeichnung (GUB) und Geschützte Geographische Angabe (GGA)	166
d) Benennungen	166
6. Einfache Herkunftsangaben	167
7. Gattungsbezeichnungen und Beschaffenheitsangaben	167
8. Phantasiebezeichnungen	168
9. «Typenbezeichnungen»	169
10. Abgrenzung zu den Marken	170
III. Die Herkunft	171
1. Allgemeines	171
2. Abgrenzung zum zollrechtlichen Ursprung («Ursprungsregeln») . .	172
3. Die für die Herkunftsbestimmung anwendbaren Normen	172
4. Problematik der Herkunftsbestimmung	173

IV. Die Herkunftsangabe	176
1. Funktion und Unterscheidung von Herkunftsangaben	176
2. Elemente von Herkunftsangaben	178
3. Als Herkunftsangaben geeignete Bezeichnungen	179
4. Arten von Herkunftsangaben	180
a) Direkte und indirekte Herkunftsangaben	180
b) Konkrete Herkunftsangaben und abstrakte geographische Bezeichnungen	181
5. Herkunftsangaben nach Fallgruppen	181
a) Namen von Gebietskörperschaften	182
b) Wappen und lokale Symbole	183
c) Gegenden, Landschaftselemente	183
d) Menschen, Brauchtum, Sprache	184
e) Pflanzen und Tiere	184
f) Bauten und andere Werke	185
g) Ereignisse, Veranstaltungen	185
h) Bezeichnungen von Waren und Dienstleistungen	185
6. Das von der Herkunftsangabe erfasste Gebiet	186
V. Die Ermittlung der Zeichenbedeutung	188
1. Bedeutung als Zuordnung von Denkinhalten	188
2. Die massgeblichen Verkehrskreise	190
3. Das Umfeld als Interpretationsweiche	191
4. Mehrdeutigkeit	192
a) Mehrere geographische Bedeutungen	192
b) Geographische Bedeutung und Bedeutung als Sachbezeichnung	193
c) Geographische Bedeutung und Bedeutung als Phantasiebezeichnung	193
d) Geographische Bedeutung und Bedeutung als betriebliches Kennzeichen	194
e) Geographische Bedeutung und Bedeutung als Familienname	194
5. Verwechselbare Zeichen, Übersetzungen	194
6. Korrektive (entlokalisierende Zusätze)	195
7. Bedeutungswandel und massgeblicher Zeitpunkt	196
a) Entwicklung der Sprache	196
b) Degeneration bekannter Herkunftsangaben	197
c) Wiederherstellung degenerierter Herkunftsangaben	199

Inhaltsverzeichnis

8. Methoden der Bedeutungsermittlung	199
9. Vorgehen bei der Einordnung	201
1. Gebietsaspekt	201
2. Namensaspekt	202
3. Herkunftsaspekt	202
4. Qualitätsaspekt	202
5. Registrierbarkeit	202
2. Kapitel: Rechtstatsachen und Rechtssetzung	203
Vorbemerkungen	203
I. Ideelle Bedeutung geographischer Bezeichnungen	203
II. Wirtschaftliche Bedeutung geographischer Bezeichnungen	205
III. Sprachliche Bedeutung geographischer Bezeichnungen	208
IV. Beteiligte Interessen	210
V. Zielsetzung der Rechtsquellen	212
1. Gewandelte Zielsetzung	212
2. Zielsetzung im kennzeichenrechtlichen Vergleich	215
VI. Ungenügende Rechtsdurchsetzung in der Schweiz	215
VII. Die Wirksamkeit der Abkommen am Beispiel der Bezeichnung «Swiss»	217
VIII. Ergebnis	221
3. Kapitel: Rechtsquellen	223
I. Allgemeines	223
1. Überblick	223
2. Subjektives oder öffentliches Recht?	225
3. Rechtsfrage oder Tatfrage?	227

Inhaltsverzeichnis

4. Rangordnung der Normen	228
5. Konkurrenz von Strafnormen	230
6. Herkunftsangaben und Kartellrecht	231
7. Verfahren	232
8. Unmittelbare Anwendbarkeit der Abkommen?	232
9. Abkommensrechtlicher Schutz einheimischer Bezeichnungen im Inland	233
10. Besonderheiten der Staatsverträge betreffend Herkunftsangaben .	234
a) Ursprungslandprinzip (Herkunftslandprinzip)	234
b) Listenschutz (Enumerativer Schutz)	234
c) Kompromissregeln	235
II. Internationale Abkommen	235
1. Die Pariser Verbandsübereinkunft	235
a) Allgemeines	235
b) Schutz staatlicher Hoheitszeichen	236
c) Falsche Herkunftsangaben	237
d) Sanktionen	237
e) Beziehung zu anderen Normen	238
f) Schwächen	238
2. Das Madrider Herkunftsabkommen	238
a) Allgemeines	238
b) Inhalt	239
c) Beziehung zu anderen Normen	240
d) Schwächen des Schutzes von PVUE und MHA	240
3. Das TRIPS-Abkommen	241
a) Allgemeines	241
b) Täuschende Herkunftsangaben	242
c) Unlauterer Gebrauch geographischer Bezeichnungen	244
d) Absoluter Schutz bei Weinen und Spirituosen	244
e) Rückwirkung	244
f) Unmittelbare Anwendbarkeit	245
g) Beziehung zu anderen Normen	245
4. Das EFTA-Abkommen	246
5. Das Stresaer Käseabkommen	247
a) Allgemeines	247
b) «Ursprungsbezeichnungen»	247
c) «Benennungen»	248

Inhaltsverzeichnis

d) Kritik am Abkommen	248
e) Herstellungsvorschriften für Emmentaler-Käse	249
f) Beziehung zu anderen Normen	250
6. Das Genfer Abkommen	250
7. Exkurs: Das Lissabonner Ursprungsabkommen	251
8. Geplante Staatsverträge	252
III. Bilaterale Abkommen zum Schutz geographischer Bezeichnungen	252
1. Anhänge 7 und 8 des Abkommens mit der Europäischen Gemeinschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen («Landwirtschaftsabkommen»)	252
a) Allgemeines	252
b) Beschränkung auf Weine und Spirituosen	253
c) Schutzmfang für Bezeichnungen von Weinbauerzeugnissen (Anhang 7)	253
d) Schutzmfang für Bezeichnungen von Spirituosen und aromatisierten weinhaltigen Getränken (Anhang 8)	254
e) Anfänge für einen gemeinsamen Listenschutz der EU und der Schweiz	255
2. Die übrigen bilateralen Abkommen zum Schutz geographischer Bezeichnungen	256
a) Allgemeines	256
b) Umfang des Schutzes (Listenschutz)	257
c) Beziehung zu anderen Normen	259
d) Auswirkung der Abkommen	259
e) Der Vertrag mit Deutschland	260
f) Der Vertrag mit Spanien	261
g) Der Vertrag mit Frankreich	262
h) Der Vertrag mit Portugal	263
i) Der Vertrag mit Ungarn	263
k) Der Vertrag mit der Tschechoslowakei	264
IV. Bilaterale Wirtschaftsabkommen	264
1. Das Abkommen mit Frankreich	264
a) Allgemeines	264
b) Unmittelbare Anwendbarkeit	265
2. Das Abkommen mit Mexiko	266
a) Allgemeines	266

b)	Unmittelbare Anwendbarkeit	266
c)	Beziehung zu anderen Normen	267
d)	Praktische Auswirkungen	267
3.	Das Abkommen mit Argentinien	267
4.	Das Abkommen mit Italien	268
5.	Das Abkommen mit Bulgarien	269
V. Eidgenössisches Recht betreffend geographische Bezeichnungen . . .		269
1.	Festlegung von Gebietsnamen	269
2.	Der zweite Titel des MSchG: «Herkunftsangaben»	270
a)	Entstehungsgeschichte	270
b)	Der Begriff der Herkunftsangabe gemäss Art. 47 MSchG . . .	273
aa)	Die gesetzliche Definition	273
bb)	Zum Oberbegriff	274
cc)	Direkte und indirekte Hinweise	274
dd)	Hinweise auf die Beschaffenheit oder auf Eigenschaften .	274
ee)	Das Verständnis der Verkehrskreise	276
ff)	Die Einschränkung «im Sinne von Abs. 1»	277
gg)	Zusammenfassende Definition	277
c)	Unzulässiger Gebrauch geographischer Bezeichnungen . . .	278
aa)	Unzutreffende Herkunftsangaben	278
bb)	Mit unzutreffenden Herkunftsangaben verwechselbare	
	Bezeichnungen	279
cc)	Gebrauch von Namen, Adressen oder Marken	280
d)	Herkunft von Waren und Dienstleistungen	281
e)	Vermutete Richtigkeit gebräuchlicher Bezeichnungen . . .	283
f)	Besondere Bestimmungen	284
g)	Produzentenkennzeichen	284
h)	Zivilrechtlicher Schutz	285
i)	Strafbestimmungen	286
k)	Beziehung zu den internationalen Verträgen	287
l)	Beziehung zu den schweizerischen Normen	288
m)	Auswirkungen und Umsetzung	288
3.	Wappenschutzgesetz	290
a)	Entstehung	290
b)	Inhalt	291
c)	Gebrauch zu «geschäftlichen Zwecken»	292
d)	Beziehung zu anderen Normen	293
e)	Durchsetzung des Gesetzes	294

Inhaltsverzeichnis

4. Die GUB/GGA-Verordnung und die zugehörigen Bestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes (LwG)	295
a) Entstehungsgeschichte	295
b) Rechtsgrundlagen	296
c) Geltungsbereich und Übersicht	297
d) Materielle Voraussetzungen des Schutzes	298
aa) Materielle Voraussetzung der gesuchstellenden Gruppierung (Repräsentativität)	299
bb) Materielle Voraussetzungen der Eintragung als GUB oder GGA	299
cc) Materielle Voraussetzungen des zertifizierten Gebrauchs	301
dd) Materielle Voraussetzungen des unzulässigen Gebrauchs	302
ee) Materielle Voraussetzungen der Zertifizierungsstelle	303
e) Formelle Voraussetzungen des Schutzes	303
aa) Eintragungsgesuch	303
bb) Pflichtenheft	304
cc) Stellungnahmen	305
dd) Prüfungsverfahren	305
ee) Erteilung, Veröffentlichung der Erteilung	306
ff) Beschwerde und Einsprache	306
gg) Löschung	307
f) Rechtsfolgen der Eintragung	308
aa) Die Zertifizierungspflicht	308
bb) Kontrolle durch die Zertifizierungsstelle	309
cc) Verwaltungsrechtlicher Schutz der GUB und GGA	310
dd) Strafrechtlicher Schutz der GUB und GGA	310
ee) Zivilrechtlicher Schutz der GUB und GGA	311
g) Kritik	311
5. Vorschriften über die Bezeichnung von Käse	312
a) Allgemeines	312
b) «Ursprungsbezeichnungen» und «Herkunftsbezeichnungen»	313
c) «Herkunftsangaben»	313
6. Vorschriften betreffend Getränke	314
7. Gesetzgebung zum Weinbau	314
8. Verordnung über die Benützung des Schweizer Namens für Uhren	316
a) Allgemeines	316
b) Schweizerische Herkunft	317
c) Beziehung zu anderen Normen	318

Inhaltsverzeichnis

9. Übrige Gesetzgebung betreffend Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	318
a) Lebensmittelgesetz	318
b) Die Lebensmittelverordnung	319
10. UWG	320
a) Allgemeines	320
b) Beziehung zum 2. Titel des MSchG	320
c) Anwendung wegen vergleichender Werbung mit Ursprungsbezeichnungen	322
d) Anwendung bei geographischen Anspielungen mit entlokalisierenden Zusätzen	322
e) Anwendung wegen behindernden Ausschlusses von der geographischen Bezeichnung	323
f) Beziehung zu anderen Normen	323
g) Umsetzung von Staatsverträgen über das UWG	324
11. Zivilrechtlicher Persönlichkeits- und Namensschutz	324
a) Klagelegitimation des Gemeinwesens	324
b) Persönlichkeitsverletzung durch Herkunftsangaben (Art. 28 Abs. 1 ZGB)	325
c) Namensanmassung durch Herkunftsangaben (Art. 29 Abs. 2 ZGB)	325
d) Beziehung zu anderen Normen	327
12. Firmenrecht	327
a) Allgemeines	327
b) Art. 944 OR	327
c) Art. 952 OR	328
d) Art. 45 ^{bis} und 47 HRegV	328
e) Die Anleitung und Weisung des Eidgenössischen Amtes für das Handelsregister an die kantonalen Handelsregisterbehörden betreffend die Prüfung von Firmen und Namen	329
13. Strafgesetzbuch (Warenfälschung)	329
a) Allgemeines	329
b) Zur Frage der Wertverminderung	330
c) Anwendung bei Dienstleistungen	331
d) Beziehung zu anderen Normen	331
VI. Kantonale Normen	332

VII. Richtlinien	333
1. Der Codex Alimentarius	333
2. Die Richtlinien der Internationalen Handelskammer	333
3. Die Grundsätze der Schweizerischen Kommission für die Lauterkeit in der Werbung	334
 4. Teil: Domain-Namen	337
UELTI BURI	
 1. Kapitel: Grundlagen	339
I. Begriff und Funktion	339
1. Begriff des Domain-Namens	339
a) Begriff	339
b) Aufbau	340
2. Funktion des Domain-Namens	341
a) Identifikation einer Website	341
b) Zuordnungsfunktion	342
 II. Rechtsquellen	344
1. Fernmelderechtliche Grundlagen	344
2. Anwendung des Kennzeichenrechts	346
3. Empfehlungen der Weltorganisation für Geistiges Eigentum	348
a) Empfehlungen im Rahmen des ersten und zweiten Domain Name Process	348
b) Gemeinsame Empfehlungen der WIPO und des Pariser Verbands	348
 III. Organisation und Vergabegrundsätze	349
1. Internationale Organisation	349
2. Verwaltung der Domain-Namen in der Schweiz	350
a) Zuständigkeit von SWITCH	350
b) Vergabegrundsätze	350
3. Rechtsnatur der Inhaberschaft an einer Domain	352

2. Kapitel: Die Verletzung fremder Kennzeichenrechte durch Domain-Namen	354
I. Herbeiführung einer Verwechslungsgefahr	354
1. Abgrenzung von Verwechslungsgefahr und Rufausbeutung	354
2. Anspruchsgrundlagen	356
3. Einzelfragen	357
a) Zeichenähnlichkeit:	357
b) Verwechslungsgefahr	360
c) Gebrauch im Verkehr	362
II. Rufausbeutung	365
1. Berühmte Marke	365
2. Andere Zeichen	366
III. Behinderung	367
1. Behinderung eines anderen Kennzeicheninhabers	367
a) Namensrecht	367
b) Lauterkeitsrecht	368
2. Behinderung durch die Registrierung von gemeinfreien Begriffen?	369
IV. Priorität und Gleichnamigkeit	371
1. Priorität	371
2. Gleichnamigkeit	372
a) Bei Verwechslungsgefahr	372
b) Bei Behinderung	373
3. Kapitel: Der Schutz des Domain-Namens	375
I. Schutz eines gleichlautenden Zeichens als Marke, Firma oder Name	375
1. Gemeinsame Aspekte	375
2. Schutzvoraussetzungen	376
a) Eintragungsfähigkeit als Firma	376
b) Eintragungsfähigkeit als Marke	377
c) Entstehung eines Namensrechts	378
II. Lauterkeitsrechtlicher Schutz des Domain-Namens	379

4. Kapitel: Sonderprobleme aufgrund der Globalität des Internet	381
I. Überblick über die betroffenen Problemkreise	381
1. Gerichtliche Zuständigkeit und anwendbares Recht – Einzelfragen	381
a) Internationale Sachverhalte	382
b) Bedeutung des Bezugs zur Schweiz	382
2. Materielles Kennzeichenrecht	384
a) Rechtsbegründender und rechtserhaltender Gebrauch	384
b) Rechtsverletzender Gebrauch	384
II. Gebrauch des Domain-Namens in einem bestimmten Gebiet	385
5. Kapitel: Rechtsschutz	387
I. Im Allgemeinen	387
II. Anspruch auf Löschung oder Übertragung eines Domain-Namens	388
1. Beseitigungsanspruch	388
a) Bei Verwechslungsgefahr oder Rufausbeutung	388
b) Bei Behinderung	389
2. Schadenersatz	390
3. Gewinnherausgabe	391
4. Vorsorgliche Massnahmen	391
5. Vollzug der Löschung oder Übertragung	392
III. Alternative Streitbeilegung	393
1. Auf internationaler Ebene	393
2. In der Schweiz	393
Stichwortverzeichnis deutsch	395
Index français	425